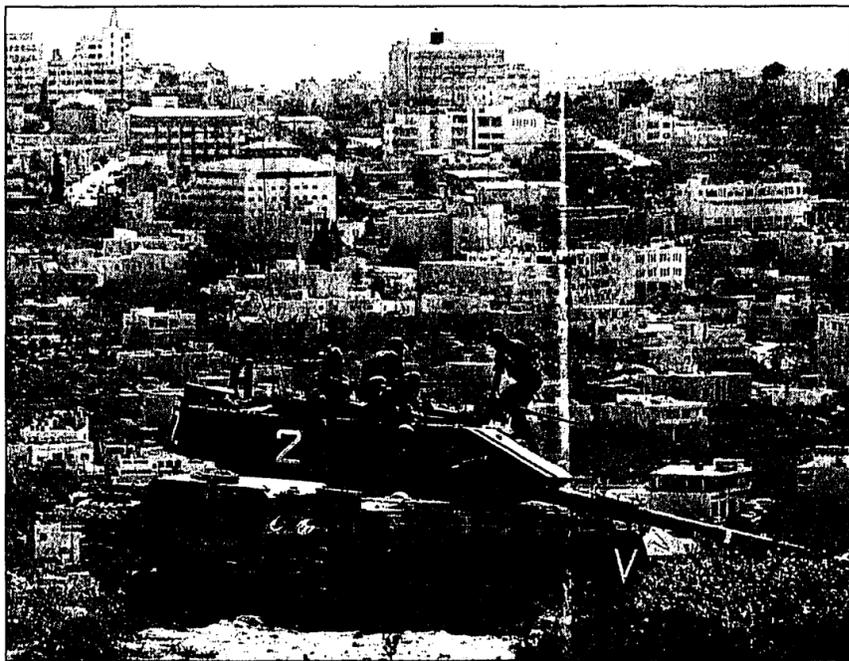


Hektische Diplomatie zur Beendigung der Krisen

Internationale Vermittler versuchen die jüngsten Krisen im Nahen Osten zu entschärfen

JERUSALEM: Internationale Vermittler haben gestern im Nahen Osten in hektischen diplomatischen Bemühungen versucht, die jüngsten schweren Krisen zwischen Israel, den Palästinensern und Libanon zu entschärfen.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan, EU-Chefdiplomat Javier Solana und der britische Aussenminister Robin Cook versuchten, Israelis und Palästinenser nach den blutigen Unruhen der vergangenen zwei Wochen an den Verhandlungstisch zurückzubringen. Bei neuen Ausschreitungen kamen am Mittwoch mindestens zwei Menschen ums Leben. Erstmals schaltete sich auch Iran direkt in den Konflikt ein und entsandte Aussenminister Kamal Charrasi nach Libanon und Syrien, um dort die jüngsten Unruhen in den palästinensischen Autonomiegebieten und die Entwicklung in Libanon nach der Entführung von drei israelischen Soldaten durch die Hisbollah-Miliz zu erörtern. UNO-Generalsekretär Annan traf erneut zu getrennten Gesprächen mit dem israelischen Präsidenten Ehud Barak und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat zusammen. Barak hatte am Montag ein Ultimatum «um drei bis vier Tage»



Nach zwei Tagen relativer Ruhe kam es gestern in den Palästinensergebieten wieder zu blutigen Ausschreitungen, bei denen mindestens drei Palästinenser getötet wurden. (Bild: Keystone)

verlängert, mit dem Arafat zur Beendigung der blutigen Ausschreitungen in den autonomen Gebieten gezwungen werden sollte. Auch der für Sicherheits- und Aussenpolitik der EU zuständige Javier Solana traf in der Region ein.

Nach einem überraschenden Zwischenstopp in Gaza sprach er am Morgen mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak.

Konkrete Ergebnisse der Gespräche wurden zunächst nicht bekannt. Aus Diplomatentreifen verlautete jedoch, der Schlüssel könnte eine Untersuchung der Ursachen und des Verlaufes der Unruhen sein. Eine Vereinbarung darüber könnte die Verhandlungen über einen Friedensvertrag und einen Palästinenser-Staat wieder in Gang bringen.

Mubarak nannte nach dem Treffen mit Solana erstmals Bedingungen für eine Teilnahme an einem Nahost-Krisengipfel. Um dessen Erfolg zu sichern, müsse Israel zur Beendigung der Strassenunruhen beitragen und zuerst seine Truppen aus den Palästinensergebieten zurückziehen, sagte Mubarak in Kairo. Der palästinensische Informationsminister

Jasser Abed Rabbo sagte, Israel müsse die jüngste Resolution des UNO-Sicherheitsrats umsetzen, die das Verhalten Israels bei den blutigen Unruhen in den Palästinensergebieten kritisiert hatte. Erst dann sei man zur Teilnahme an einem internationalen Gipfeltreffen und zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bereit. Die in der vergangenen Woche verabschiedete Resolution fordert unter anderem die Einrichtung einer internationalen Kommission, die die Zusammenstösse in den Palästinensergebieten untersuchen soll. Während seiner Asienreise wies Bundesrat Joseph Deiss darauf hin, dass die Schweiz bereit sei, die Arbeit einer derartigen Kommission zu unterstützen. In Genf forderten die arabischen Länder am Mittwoch, dass an der Sondersession der UNO-Menschenrechtskommission in der kommenden Woche in Genf auch über Sanktionen gegen Israel diskutiert wird. Die Sondersession beginnt am 18. Oktober und soll einen bis drei Tage dauern.

Nach zwei Tagen relativer Ruhe kam es gestern in den Palästinensergebieten wieder zu blutigen Ausschreitungen, bei denen mindestens drei jugendliche Palästinenser getötet und mehrere verletzt wurden. Die Zahl der Toten bei den jüngsten Unruhen stieg damit auf 98.

Prag stellt Ultimatum

PRAG: In dem umstrittenen tschechischen Atomkraftwerk Temelin ist am Mittwoch die nukleare Kettenreaktion ausgelöst worden. Im Rahmen des Probetriebs wurde im ersten Reaktorblock mit der Kernspaltung begonnen. Das Aussenministerium in Prag drohte am Mittwoch der österreichischen Regierung mit Massnahmen auf EU-Ebene, sollte Wien weiterhin keine Schritte gegen die andauernden Grenzblockaden österreichischer Temelin-Gegner unternehmen. Die Prager Regierung forderte Österreich ultimativ auf, die «aussergewöhnlich schwierige humanitäre Situation» an den Übergängen zu Tschechien zu lösen.

Flüchtlingsschiff in Italien gelandet

Mit 462 Flüchtlingen erreichte ein türkisches Schiff den Adriaehafen

OTRANTO: Ein türkisches Schiff mit 462 zumeist kurdischen Flüchtlingen hat gestern den italienischen Adriaehafen Otranto erreicht. Unter den völlig entkräfteten Menschen seien auch etwa 200 Frauen und Kinder, berichtete das italienische Fernsehen.

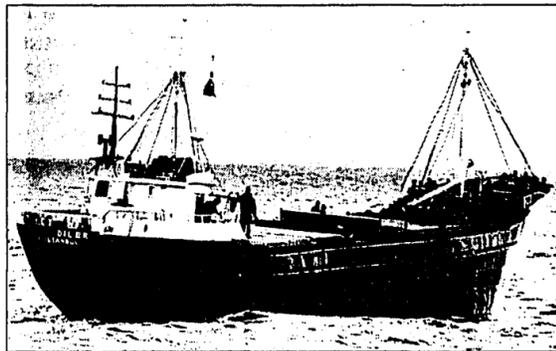
Viele hätten sich nach der etwa einwöchigen Überfahrt auf dem Seelenverkäufer «Diler» kaum noch auf den Beinen halten können. Vor der Rettung der Flüchtlinge spielten sich dramatische Szenen ab. Die rund 55 Meter lange «Diler» sei in Izmir ausgelaufen, berichteten die illegalen Zuwanderer. Jeder von ihnen habe rund 2500 Dollar für die Überfahrt zahlen

müssen. «Wir wollen dahin, wo Frieden herrscht», sagte ein Mann aus Irak.

Die Schlepper setzten sich den Angaben zufolge ab. Das Schiff habe etwa zwölf Stunden lang in stürmischer See getrieben. Die «Diler» war am Dienstagabend von der Besatzung eines italienischen Militärflugzeugs gesichtet worden. Wenig später sei von den Passagieren ein SOS-Alarm übermittelt worden. Spezialisten der italienischen Marine übernahmen nach einer dramatischen Aktion das Ruder des Schiffes. Zeitweise versagte der Motor. «Wir hatten Angst um die Menschen», sagte Oberleutnant Sandro Gallinelli. Sie seien zusammengepfertcht gewesen wie

Sardiniern. «Wenn es einen Schiffbruch gegeben hätte, wären alle verloren gewesen.» Viele Kurden wollen zu Angehörigen in Deutschland. In

diesem Jahr sind es laut offiziellen Angaben rund 21 000. Viele der oftmals uralten Schrottkähne seien in der Türkei gestartet.



462 kurdische Flüchtlinge strandeten gestern in Italien.

Aufruf zur Fortsetzung der Verhandlungen

Jugoslawien: Der neue Präsident Vojislav Kostunica hat einen Rückschlag erlitten

BELGRAD: Vier Tage nach seinem Amtsantritt hat der jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica bei seinem Bemühen, schnell eine serbische Übergangsregierung zu bilden und seine Machtposition zu festigen, einen Rückschlag erlitten.

Gestern gab es keine Anzeichen dafür, dass die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung für die dominierende jugoslawische Teilrepublik Serbien nächstens fortgesetzt werden. Ein Sprecher des DOS-Bündnisses drohte mit neuen Massenprotesten, falls Parteigänger des gestürzten Präsidenten weiter-

hin eine Neuwahl des serbischen Parlaments blockieren.

SPS ignoriert Kostunicas Entscheidungen

Ein Funktionär der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) erklärte laut dem Radiosender B-92, die serbische Regierung ignoriere die Entscheidungen Kostunicas und setze ihre Arbeit fort. Die Regierung sei für vier Jahre gewählt und nur sie könne rechtliche Entscheidungen fällen, zitierte der Sender den Parteifunktionär Branislav Ivkovic. Ivkovic erklärte, die Polizei sei nun dem serbischen Ministerpräsidenten Mirko Marjanovic,

einem Verbündeten Milosevics, unterstellt. Die Polizei solle nun die Kontrolle über jene Betriebe und Institutionen übernehmen, deren Führungen vom Volk in den vergangenen Tagen verjagt worden sind. Die Polizei müsse auf Gewalt und illegale Handlungen der politischen Kräfte um Kostunica reagieren, heisst es in einer Erklärung der Regierung, die von der Nachrichtenagentur Tanjug verbreitet wurde. Die aus den Wahlen siegreich hervorgegangene Demokratische Opposition Serbiens (DOS) rief die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) und die Radikale Partei (SRS) auf, die am

Montag begonnenen Gespräche über die Bildung der Übergangsregierung umgehend fortzusetzen. DOS bot der serbischen Regierung einen Kompromiss an. DOS und die Regierungsparteien sollten gemeinsam die vier wichtigsten Ministerien – Inneres, Justiz, Finanzen und Information – führen, sagte Zoran Djindjic am Mittwochabend. Sollte das Regime dies ablehnen, verlangt die Opposition vorgezogene Parlamentswahlen für den 17. Dezember. Eine Ablehnung der Wahlen würde laut Djindjic zu neuen Demonstrationen führen. DOS gab der Regierung eine Frist bis Freitag dieser

Woche zur Annahme des Kompromisses.

Warnung vor Vakuum

Slobodan Vucetic, Führungsmitglied der unabhängigen Expertengruppe G17 Plus, warnte davor, dass manche Betriebe im bestehenden «Rechtsvakuum» von Gruppen besetzt würden, die sich fälschlicherweise als Vertreter der DOS oder der G17 Plus ausgäben, um ihre eigenen früheren kriminellen Taten zu verdecken. Deswegen sei die umgehende Bildung von handlungsfähigen Regierungen auf jugoslawischer und serbischer Ebene notwendig.

NACHRICHTEN

Rechtsextremistische Straftaten gestiegen

BERLIN: Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Deutschland hat sich nach Angaben des deutschen Innenministeriums gegenüber den Vormonaten nahezu verdoppelt. Im August seien 1112 derartige Delikte verzeichnet worden, nach 668 im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli. Insgesamt sei die Zahl solcher Straftaten seit Januar im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Fünftel auf 5789 gestiegen.

China erlässt Afrika Schulden

PEKING: Die chinesische Regierung wird den ärmsten Staaten Afrikas Schulden in einer Gesamthöhe von zehn Milliarden Yuan (2,7 Milliarden Mark/1,38 Milliarden Euro) erlassen. Das kündigte Aussenhandelsminister Shi Guangsheng am Mittwoch auf einer chinesisch-afrikanischen Konferenz in Peking an. Die Regierung in Peking hofft mit diesem Schritt, ihren Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent zu vergrössern und sich als Führer der Entwicklungsländer zu positionieren.

Ankara verärgert

ANKARA: Als Reaktion auf eine mögliche Resolution des US-Repräsentantenhauses über das türkische Vorgehen gegen Armenier im Ersten Weltkrieg bereitet die Türkei die Wiederinbetriebnahme einer Ölpipeline aus Irak vor. Ein Expertengremium sei deshalb nach Irak gereist, erklärte ein Sprecher der staatlichen türkischen Ölgesellschaft gestern.

REKLAME

Swissca	
Repräsentant: Hypo Investment Bank AG, Landstr. 104, 8490 Vaduz, Tel. +423/265 56 56	
Lageskurse per 11.10.2000	
Fondsname/Währung	Inventarwert (netto)
Swissca Valica CHF	319.15
Swissca Portfolio Fund Income CHF	115.90
Swissca Portfolio Fund Yield CHF	144.00
Swissca Portfolio Fund Balanced CHF	175.89
Swissca Portfolio Fund Growth CHF	223.26
Swissca Portfolio Fund Equity CHF	300.79
Swissca Portfolio Fund Yield (Euro) EUR	99.83
Swissca Portfolio Fund Mixed (Euro) EUR	109.16
Swissca Portfolio Fund Growth (Euro) EUR	99.58
Swissca AWM Fund AUD	1373.99
Swissca AWM Fund USD	1541.97
Swissca AWM Fund GBP	1833.17
Swissca AWM Fund EUR	1667.27
Swissca AWM Fund CHF	1343.32
Swissca AWM Fund CAD	1472.41
Swissca AWM Fund JPY	107900.00
Swissca Bond Invest CHF	1027.11
Swissca Bond Invest USD	1022.65
Swissca Bond Invest EUR	1222.95
Swissca Bond Invest GBP	1252.93
Swissca Bond Invest AUD	1170.07
Swissca Bond Invest CAD	1157.77
Swissca Bond Invest JPY	113767.00
Swissca Bond SF, CHF	94.05
Swissca Bond International CHF	102.80
Swissca Bond Invest International CHF	107.72
Swissca Bond Invest Medium Term CHF	97.04
Swissca Bond Invest Medium Term USD	104.18
Swissca Bond Invest Medium Term EUR	98.50
Swissca Asia CHF	118.40
Swissca Europe CHF	294.75
Swissca North America USD	252.90
Swissca Austria EUR	76.90
Swissca Emerging Markets Fund CHF	117.85
Swissca France EUR	49.45
Swissca Germany EUR	180.10
Swissca Great Britain GBP	237.35
Swissca Italy EUR	135.90
Swissca Japan CHF	124.15
Swissca Netherlands EUR	73.60
Swissca Small and Mid Caps CHF	299.75
Swissca Switzerland CHF	318.90
Swissca Tiger CHF	81.55
Swissca Lux Fund Sector Communication EUR	406.30
Swissca Lux Fund Sector Energy EUR	618.10
Swissca Lux Fund Sector Finance EUR	583.12
Swissca Lux Fund Sector Health EUR	646.45
Swissca Lux Fund Sector Leisure EUR	539.35
Swissca Lux Fund Sector Technology EUR	507.35
Swissca Global CHF	429.50
Swissca Green Invest CHF	148.05